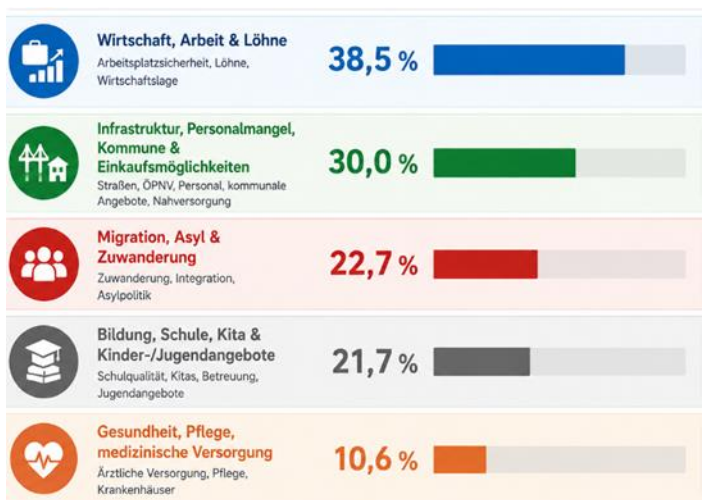


Nicht Migration, sondern Wirtschaft, Infrastruktur bewegt Sachsen-Anhalt Neue Analyse zeigt großes politisches Bindungspotenzial vor der Landtagswahl 2026

Wirtschaft und Infrastruktur – nicht Migration – dominieren die Sorgen der Bevölkerung Sachsens-Anhalts. Gleichzeitig zeigt die Studie: Viele Bürger:innen sind politisch orientiert, aber mehr als ein Drittel der Befragten fühlt sich zu keiner Partei gebunden. Darin liegt ein erhebliches Potenzial für den politischen Wettbewerb vor der Landtagswahl 2026. Das belegt ein neues Policy Paper des Instituts für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal auf Basis des Sachsen-Anhalt-Monitors 2025 (N = 1.101).

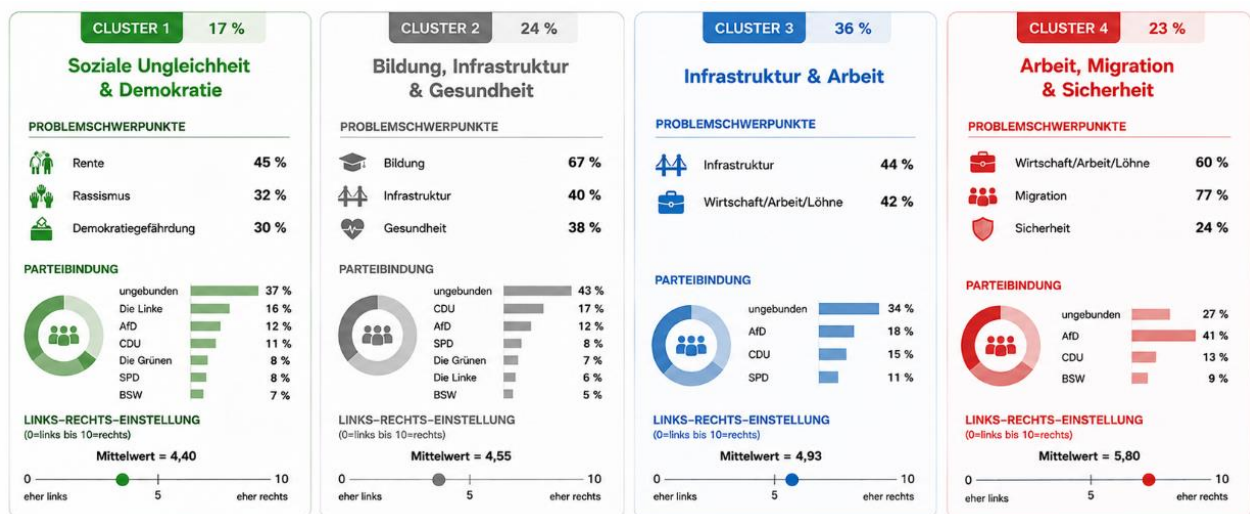
Top-5 Kernbefunde auf einen Blick



Mit 38,5 Prozent werden Wirtschaft, Arbeit und Löhne am häufigsten als drängendste Probleme genannt. Ebenfalls eine große Rolle spielen Herausforderungen in den Bereichen Infrastruktur, Personalmangel, Kommunen und Einkaufen (30,0 Prozent) sowie das Thema Migration (22,7 Prozent). Auch Bildung, Schule, Kita sowie Kinder- und Jugendangebote (21,7 Prozent) gehören zu den wichtigsten Anliegen. Für Parteien bieten sich vor allem Wirtschaft, Infrastruktur und Bildung als Wahlkampfthemen an: Denn ein besonders hoher Anteil der Befragten, die dies problematisieren, fühlen sich keiner Partei zugehörig – anders als beim Thema Migration, wo die AfD bereits einen hohen Anteil der Befragten an sich gebunden hat.

Vier Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Problemschwerpunkten

Unsere Analyse zeigt, dass es vier unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit klaren politischen Problemlagen gibt. Die größten Gruppen priorisieren Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur sowie Bildung und Gesundheit, während Migration nur für ein kleineres Cluster das dominierende Thema ist. Gleichzeitig ist in den meisten Clustern der Anteil parteipolitisch Ungebundener besonders hoch.



Politische Implikationen

Die Ergebnisse zeigen einen asymmetrischen parteipolitischen Wettbewerb: Im Themenkomplex Migration zeigt sich die deutlichste parteipolitische Bindung zugunsten der AfD, während bei Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Infrastruktur keine vergleichbar starke parteipolitische Bindung an eine einzelne Partei zu beobachten ist. Gleichzeitig verdeutlichen die Analysen in den Clustern der Befragten, dass die geringe Parteibindung vieler Bürger:innen nicht

mit politischer Orientierungslosigkeit gleichzusetzen ist. Über alle Cluster hinweg verorten sich die Befragten auf der Links-Rechts-Skala, aber sie verbinden ihre zentralen politischen Anliegen häufig mit keiner Partei. Besonders die politische Mitte – mit 44,5% Prozent die größte Bevölkerungsgruppe – weist die höchste parteipolitische Ungebundenheit (45,9%) auf. Auch im eher linken Spektrum (29,6% der Befragten) ist mit 30,7% rund ein Drittel parteipolitisch ungebunden, während die AfD im eher rechten Spektrum (25,9%) eine deutliche Bindungswirkung (AfD: 54,4%; CDU: 13,7%) entfaltet.

Gelingt es den Parteien, bei den für eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler zentralen Politikfeldern – insbesondere Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Bildung – glaubwürdige Problemlösungskompetenz zu demonstrieren, können sie insbesondere in der politischen Mitte, aber auch im linken Wählerspektrum neue politische Bindungen aufbauen. Darin liegt ein erhebliches Bindungspotenzial für die Parteien. Die Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt bietet hierfür eine wichtige Gelegenheit.

Zentrale Handlungsempfehlungen

- ▶ Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Bildung konsequent in den Mittelpunkt des politischen Wettbewerbs stellen.
- ▶ Das erhebliche Bindungspotenzial in der politischen Mitte und im (moderat) linken Spektrum gezielt ansprechen.
- ▶ Parteibindung durch nachvollziehbare Problemlösungen, verlässliche Umsetzung und kontinuierliche Bürgernähe stärken.

Methodische Besonderheit

Anders als üblich wurden den Befragten keine vorgegebenen Antwortoptionen präsentiert: Sie konnten ihre bis zu drei wichtigsten Problemen frei formulieren. Diese offenen Antworten wurden mithilfe eines KI-gestützten Verfahrens kategorisiert und anschließend durch das Forschungsteam mehrfach geprüft und verfeinert. Die vorliegende Auswertung ist damit im Sachsen-Anhalt-Monitor selbst nicht enthalten – das Institut für demokratische Kultur hat sie eigens für das Policy Paper im Vorfeld der Landtagswahl 2026 erstellt und liefert so neue, bislang unveröffentlichte Ergebnisse.

Links zum Policy-Paper:

<https://doi.org/10.13140/RG.2.2.12205.04327>

https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2026/07/Sachsen-Anhalt-vor-der-LTW26_PP_IdK.pdf

Kontakt: Hochschule Magdeburg-Stendal | Rahim Hajji (rahim.hajji@h2.de), Johann Sonnenburg (Johann.Sonnenburg@h2.de)
Katrin Reimer-Gordinskaya (Katrin.Reimer@h2.de) |

Datengrundlage: Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 | N = 1.101 | Repräsentativbefragung